

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Best- und Veranlagungsbelegungen kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegungen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wemmelhauser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 a. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Wer sind die Macher?

Als vor einigen Wochen auf einigen oberflächlichen Bechen kurze Arbeitseinstellungen erfolgten, konnte man gleich darauf in der Presse lesen, jene Vorgänge seien auf „großpolitische Agitation“ und „Agenten aus dem Westen“ zurückzuführen. In Wirklichkeit waren die Ursachen: schlechte Löhne und mangelnde Nahrungsmittelzufuhr. Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen protestierten in ihrer Konferenz mit den obersten Provinzialbehörden auf dem Oberbergamt Breslau entschieden gegen die Zurechtführung der öffentlichen Meinung durch die Presse. Und fragten nach den Quellen, aus welchen die falschen Nachrichten geflossen sein könnten. Darauf wurde den Arbeitervertretern behördlicherseits erklärt: weder von den Behörden noch von dem Verein der Werksbesitzer stammten die betreffenden Meldungen! Wer die Macher waren, blieb den Arbeitervertretern bisher immer noch verborgen. Sicherlich handeln die Falscher der öffentlichen Meinung nicht im Interesse unseres Gemeinwelsens.

Es ist durchaus verständlich, und wir haben uns gar nicht zu wundern, daß militärische Oberbehörden, wenn ihnen Mitteilungen über angebliche oder tatsächliche Landesverräterische Umtriebe zugehen, sich verpflichtet fühlen, den vermeintlichen oder auch tatsächlichen Übeltätern mit der größten Schärfe des Strafmaßes zu drohen. So sind neuerdings ausgerechnetmäßig solche Warnungen mehrerer stellvertretender Generalkommandos gegen Landesverräterische Umtriebe ergangen, wobei auch der Ansicht Ausdruck gegeben wird, jene Umtriebe seien auf „englisches Geld“ zurückzuführen! Wir müssen annehmen, daß für diese schwerwiegende Annahme bestimmte Unterlagen vorhanden sind, andernfalls würden solche, die einheimische Bevölkerung zweifellos beunruhigende Bekanntmachungen nicht erfolgt sein. Würde es aber nicht angebracht, auch den Vertretern der Arbeitergewerkschaften Gelegenheit zu geben, diese Unterlagen kennen zu lernen, damit die mit den Vorgängen und den Stimmungen in der Arbeiterschaft am besten vertrauten Männer erfahren, welche Tatsachen vorliegen, insbesondere, wo Gelder feindlicher Ausländer am „arbeiten“ sind?

Wir gestehen offen ein, daß wir die Veröffentlichung von Mitteilungen, die auf ein Wählers ausländerischer Agenten innerhalb unserer Arbeiterschaft schließen lassen, oder dies gar behaupten, für sehr bedenklich im Interesse unseres Vaterlandes halten. Diese ominösen Veröffentlichungen werden zweifellos auch im feindlichen Auslande bekannt, von der dortigen Kriegstreiberpresse natürlich noch gewaltig aufgedunsen, und die Folgen kann man sich leicht denken. Nach außen hin wird so der für Deutschland durchaus unerwünschte, aber glücklicherweise auch falsche Eindruck gemacht, als ob sich die Arbeiterschaft in Deutschland in einer Stimmung befände, die sie landesfeindlichen Wühlereien leicht zugänglich mache. Man weiß, wie raffiniert die Kriegstreiberpresse arbeitet. Erkäuflicherseits dienen solche Nachrichten im feindlichen Auslande zur Belegung der Hoffnungen auf die Niederlage Deutschlands, also zur weiteren Aufspaltung des Kriegeswohlfühlens.

Kürzlich wurde halbamtlich mitgeteilt, es seien „in letzter Zeit wiederum Handzettel in Kriegsabrieten verbreitet worden, in denen zum Streik aufgefordert wird“. Uns sind solche Zettel nicht bekannt geworden, obwohl wir deswegen eigene Umfragen bei zahlreichen bergamännischen Betriebsvertrauensleuten gehalten haben. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ wollen sogar von angeblich „autonomen Zetteln“ wissen, es dürfe „als sicher gelten, daß die Streikzettelverteilung vom Verbande (der gegen Deutschland kämpfenden Entente-mächte) angezettelt worden ist“. Das Blatt behauptet weiter, „an mehreren Orten seien die Zettelverteiler festgenommen worden, sie gehörten sämtlich der unabhängigen, sozialdemokratischen Partei an“ und zwischen der neuen feindlichen Massenoffensive im Westen und der Streikzettelverteilung bestünde ein offenkundiger Zusammenhang! Damit werden die angeblich „festgestellten“ „unabhängigen“ schon ziemlich unverblümt beschuldigt, Agenten der gegen uns Krieg führenden Mächte, wohl gar mit klingendem Zugelohnen Beauftragte zu sein!

Wenn es so in Deutschland ginge, wie die angeblich „unabhängige Stelle“ verbreiten läßt, dann läge es sehr schlimm mit uns aus. Eben lesen wir in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ (Kiel), daß unter der Kieler Arbeiterschaft „keine Zettel“ mit Streikaufrufen verbreitet worden seien. Wer sind die Macher? Ihre Namen geben die „Tascherer“ nicht an, das schon feinzichnet die „Aktion“ als eine Handlung von Feindlingen.

Das Kieler Blatt stellt ausdrücklich fest, daß weder die sozialdemokratische Partei noch die so genannten „Unabhängigen“ mit dieser Sache etwas zu tun haben! Wir halten das für selbstverständlich.

Wir sind in den vielumstrittenen Kriegsfragen bekanntlich Gegner der „Unabhängigen“. Uns sind ihre führenden Persönlichkeiten meistens genau bekannt, deswegen sind wir davon überzeugt, daß sie es mit Recht entrüstet zurückweisen. Wachen-schaften, die unsere Landesverteidigung lähmen sollen, zu ungenutzten oder zu unterstellen. Der Vorwurf der „Vaterlands-Verfälschung“ ist übrigens in Deutschland, durchaus nicht zu seinem Glück, der Feinde nach gegen fast alle politischen Parteien loszugesagt worden. Diese skandalöse politische Bränderei hat eine Zeitlang aufgeschoben, wird aber jetzt wieder so provozatorisch betrieben, daß es ein Fürst Salzu sogar wagte, die Reichstagsmehrheit als Landesverräterisch zu beschimpfen!

Was wird das feindliche Ausland von der Stimmung in Deutschland denken, wenn die Erklärung des Berliner Blattes draußen bekannt wird? Und sie wird bekannt und schädigt uns sehr, auch wenn die ganze Geschichte sich lediglich als eine der üblichen Latarenmachrichten herausstellt. Bedenken das auch die Macher der unter den gegenwärtigen Umständen sehr verhängnisvollen Zeitungsberichte?

Wie jetzt Männer und Frauen, die ihr Volk und den Vaterland lieben, in einen bösen Verdacht gebracht werden können, eracht sich ja aus den Verleumdungen der deutschfeindlichen Kriegsagenten gegen die entschiedenen russischen, britischen,

französischen und italienischen Friedenskämpfer, sie seien „Agenten des deutschen Kaisers“ und „mit deutschem Gelde bestochen“. Kein Wort ist davon wahr, trotzdem wird diese Verleumdung frech verbreitet. Und kann ist bekannt geworden, daß der Papst erneut einen außerordentlich begrüßungswerten Versuch zur Friedensabnahme unternommen hat, da wird ihm schon aus der britischen und amerikanischen Kriegsbeckerpresse entgegen, er handle gewissermaßen „im deutschen Auftrag“. Ist das nicht ein schändliches Treiben?

Kann man sich vorstellen, daß es deutsche Bürger oder Bürgerinnen gibt, die gegen schändlichen Mamon ihr Vaterland an den Feind verraten? Man beachte doch folgendes: Nachdem sich die deutsche Reichstagsmehrheit für einen Verständigungsfrieden ohne politische und wirtschaftliche Vergewaltigungen ausgesprochen, die deutsche Reichsregierung sich wiederholt zu Friedensverhandlungen ohne den Willen von Vergewaltigungen bereit erklärt hat, hören wir von den ausländischen Machthabern immer noch entgegengesetzte Erklärungen! Sie wollen den Krieg weiterführen, wenn auch gegen den zweifellos stark wachsenden Friedenswillen ihrer Völker, bis zur Erreichung eines Zieles, das Deutschland demütigt und es bettelarm machen würde. Und gerade in dieser Zeit sollten sich in Deutschland Arbeiter finden lassen, die bereit sind, die Landesverteidigungsmittel trivial zu schwächen, gar wohl noch gegen einen klingenden Zudasstoß? Das glauben wir nicht, das können wir nicht glauben!

Auch deshalb halten wir gewisse „halbamtliche“ Bekanntmachungen und öffentliche Androhungen für verfehlt. Sie vermitteln dem feindlichen Auslande ein uns durchaus nicht günstiges Bild von der Stimmung unseres Volkes, bewirken gewiß nicht das Sachstärkenden der eigentlichen Macher von falschen Nachrichten und der erwähnten „Handzettel“, beunruhigen aber das Volk und bestimmen ganz besonders wegen der äußerst scharfen Drohworte die Arbeiterschaft. Diese ist sich bemüht, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, weiß es daher mit Entschiedenheit zurück, zu den diversen, übrigens stets nur kurzen Arbeitseinstellungen aus vaterlandsfeindlichen Absichten geschritten zu sein. Wo auch immer während des Krieges unsere Kameraden die Arbeit einstellen, da waren die Ursachen stets Ernährungs- und Lohnschwierigkeiten. Daß es so gut wie überhaupt nicht zu Arbeitseinstellungen gekommen wäre, wenn die Nahrungszufuhr besser klappte und die Organisationen der Werksbesitzer und die Betriebsverwaltungen rechtzeitig Lohn mit den Arbeitervertretern verhandelten, das ist unsere feste Überzeugung!

Darum sind unsere Kameraden sehr ungeschicklich über die erwähnten scharfen Androhungen. Unsere Kameraden sagen, wenn man die eigentlichen Macher der vorgekommenen Arbeitseinstellungen suchen wolle, so müsse man sich an die Lebensmittelhändler und die Arbeiter einer verständigen Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen halten. Wie die Bergarbeiter-schaft agieren ist, das hat am 12. d. Mts. die Belegschaftsversammlung der Zeche Sälgel Neufel (Essen) wieder erklärt in einer einstimmig angenommenen Resolution, deren Wortlaut lautet:

„Die heutige gut besuchte Belegschaftsversammlung erkennt die Notwendigkeit der Kohle vollumfänglich an. Aus diesem Grunde ist sie gern bereit, ihre ganze Kraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen. Sie erwartet dafür von der Verwaltung, daß sie ihr gegebenes Versprechen in die Tat umsetzt, damit uns das Durchhalten besser ermöglicht wird.“

Eine von solcher Stimmung befehlte Arbeiterschaft verdient entgegenkommender behandelt zu werden, als es geschieht. Freilich, als willenlose Werkzeuge des Kapitalismus wollen und sollen die Bergleute sich nicht misbrauchen lassen. Sie sind bereit, zu kämpfen und zu leiden für die Interessen der Gemeinschaft, aber nicht zur maßlosen Erhöhung des privatkapitalistischen Profits.

Versteht man es nicht, welchen Eindruck geradezu probanzierende „Kundgebungen“ wie die der „rheinisch-westfälischen Wirtschaftsfriedlichen“ („Vertretertag“ in Dortmund 5. August) auf das feindliche Ausland und auf die verdächtige Arbeiterschaft machen müssen? In dieser „Kundgebung“ heißt es nämlich zum Schluß:

„Jede Anteilnahme an dem Versuch unserer Feinde, mit Hilfe (!) einer internationalen sozialdemokratischen Bewegung Verwirrung und Unruhe in die deutsche Arbeiterschaft zu tragen und unseren kämpfenden Brüdern durch Arbeitseinstellung in den Rücken zu fallen, ist aufs Schärfste zu verurteilen und zu brandmarken.“

Wer sind die Macher dieses gefundenen Freisens für die Kriegstreiber in London, Paris, Rom, Washington und Petersburg? Viele „Wirtschaftsfriedliche Kundgebung“ wird im feindlichen Auslande als Beweis für den „nahenden Zusammenbruch“ Deutschlands verwertet werden! Was können die deutschfeindlichen Völkerverbeher sich Pellers wünschen?

Zum Glück für Deutschland ist die „Wirtschaftsfriedliche“ Kundgebung ein unwahres Nachwerk. Die Arbeitseinstellungen hatten mit deutschfeindlichen Zweibereiten nichts zu tun. Die „Wirtschaftsfriedliche Kundgebung“ beschimpft auch die eigenen Leute! Wir könnten Belegschaftsstreiks aufzählen, an denen die „Wirtschaftsfriedlichen“ Belegschaftsmitglieder nicht nur so gut wie vollständig teilnahmen, sondern Wortführer von ihnen traten in den Versammlungen, „radikaler“ auf als die gewerkschaftlich Organisierten. Die Leute wollten jedenfalls mal ihrem Herzen gründlich Luft machen, in den Werksvereinsversammlungen unter der Obhut des Obersteigers oder Betriebsführers dürften sie es ja nicht. Der „Wirtschaftsfriedliche Werkverein“ gibt also selbst von der Stimmung seiner Vereinsgenossen ein falsches Bild. Die Macher täuschen die Öffentlichkeit, indem sie zu Gefallen der hochwohlwollenden Gönner schreiben, reden und „revolutionieren“.

Wir konnten unlängst in einem answärtigen Revier feststellen, daß über einen unserer Veranlagungsreferenten bei einer Behörde ein Bericht eingegangen war, der in der entstelltesten Weise das Referat wiedergab, wodurch unser Kamerad als „Heter“ verdächtigt wurde. Die zuständige Polizei hatte einen wahrheitsgemäßen, sachlich gehaltenen Bericht geliefert, jener unwahre Bericht kam aus einem Werksbureau! In diesem Falle

kamen wir zufällig in die Lage, den Macher der falschen Anschuldigungen gegen einen Arbeiterführer kennen zu lernen. Daß dieser Macher einzig in seiner Art ist, müssen wir als ausgeschlossen annehmen, wenn wir unsere Erfahrungen zu Rate ziehen.

Nichts kann den trocknen und allem nahenden Völkern Frieden mehr hinausschieben, als wenn im Auslande der Eindruck gemacht wird, die Arbeiterschaft in dem von Feinden umringten Deutschland stände sozusagen auf dem Sprunge, die Landesverteidigung brach zu legen. Nichts entspräche aber auch weniger der Wahrheit! Deutschlands Arbeiterschaft ist erfüllt von heifer Friedenssehnsucht, aber sie weiß auch, daß zum Friedensschließen beide Parteien gehören und daß unsere Gegenpartei sich immer noch gegen die Einleitung von Friedensverhandlungen sträubt. Wenn jetzt in Deutschland das geschähe, wozu in den uns gänzlich unbekanntem „Handzetteln“ aufgefordert sein soll und wessen die Macher der „Wirtschaftsfriedlichen Kundgebung“ einen Teil unserer Volksgenossen verdächtigten, so bedeutete das nicht die Herbeiführung eines ehrenvollen, dauernden Verständigungsfriedens, sondern den wüsten Zusammenbruch unseres Vaterlandes, an dessen freierwilligem Ausbau die Arbeiterschaft das größte Interesse hat!

Gewinne sächsischer Kohlengruben.

Leider ist es nicht möglich, eine zusammenfassende Uebersicht über die Gewinnergebnisse der sächsischen Kohlengruben zu geben, weil ein großer Teil der Bergwerksunternehmer nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet ist. Selbst dem Bergbaulichen Verein für Zwickau und Lugau-Deisniz sind nach Angabe seines Geschäftsführers nicht die Gewinnergebnisse aller angeschlossenen 17 Werke zugänglich. Soweit dieselben aber in der Werkspresse veröffentlicht werden, sind sie sehr unübersichtlich und schwer vergleichbar. So werden Arbeiterzahl, Löhne, Förderung, Einnahme, Ausgabe, Rohgewinn, Abschreibungen, Reingewinn, Rückstellungen, Lantienmen usw. nicht gleichmäßig und vergleichbar veröffentlicht. Obwohl die Bergarbeiter doch auch ein Interesse an den Gewinnergebnissen haben, werden uns von den Werken keine Geschäftsberichte zugänglich gemacht, wir sind da völlig auf die kümmerlichen Angaben in der Werkspresse angewiesen. Von dem Herrentum im Hause, das den Arbeitern die Anerkennung verweigert, die es für sich selbst beansprucht, kann man natürlich auch nicht mehr erwarten.

Selbst die „M.-W.-Ztg.“ klagte am 17. März 1916 über die Abrechnungsmethoden der Werke im Ruhrgebiet: „Die Abrechnungsmethoden der einzelnen Gewerkschaften sind in ihren Quartalsberichten zu verschiedenartig, um die Betriebsüberschüsse als gleichwertig erscheinen zu lassen. Bei manchen sind es Betriebs- oder Bruttoüberschüsse, bei anderen Nettoüberschüsse, wieder andere werfen ein Mittelglied zwischen Brutto- und Nettoüberschuss auf. In dieser Beziehung war und ist eine einheitliche Entscheidung nicht möglich und die angegebenen Ueberschüsse sind deshalb nicht gleich zu werten.“

Das gilt auch für die sächsischen Gruben. Für 1916 sind die Angaben noch kümmerlicher wie früher. Nach den bisherigen Angaben betragen Aktienkapital sowie Reingewinn absolut und in Prozent des Aktienkapitals bei folgenden 10 Aktiengesellschaften:

	Aktienkapital	Reingewinn			
		absolut	in Proz. des Aktienkapitals		
	Mk.	1914	1916		
Bochwa-Hohndorf-Vereinigtfeld	1 707 000	504 273	476 941	29,5	27,9
Steinföhlenbauverein Hohndorf	1 996 500	127 947	91 816	6,4	4,6
Erzgeb. Steinföhlenbauverein	4 320 000	345 520	492 347	8,0	11,4
Steinföhlenbauverein Gottesseggen	2 478 000	1 599 462	1 651 009	64,5	66,6
Lugauer Steinföhlenbauverein	1 500 000	181 240	191 500	12,1	12,8
Gersdorfer Steinföhlenbauverein	2 763 000	181 592	234 164	6,6	8,5
Zwickauer Brüdtenberg	2 700 000	143 471	229 956	5,3	8,5
Zwickauer Bürgergewerkschaft	160 000	86 632	160 113	42,9	100,1
Zwickauer Steinföhlenbauverein	345 000	227 551	367 817	66,0	106,6
Zwickau Oberhohndorf	765 600	874 347	782 193	114,2	102,2
Zusammen	18 735 100	4 284 035	4 677 856	22,7	25,0

Von diesen 10 Aktiengesellschaften hatten 4 im Jahre 1916 einen kleinen Rückgang, 6 aber eine erhebliche Steigerung des Reingewinnes zu verzeichnen. Derselbe ist insgesamt gestiegen von 4 254 035 Mark im Jahre 1914 auf 4 677 856 Mark im Jahre 1916 oder in Prozent des Aktienkapitals von 22,7 auf 25,0 Prozent. Mit solchen Gewinnen läßt sich auskommen. Dabei sind die Abschreibungen im Durchschnitt verhältnismäßig gut bemessen, wie folgende Zusammenstellung zeigt (in Mark):

	1914	1915	1916
Bochwa-Hohndorf-Vereinigtfeld	270 106	342 812	206 398
Steinföhlenbauverein Hohndorf	124 916	110 955	70 147
Erzgeb. Steinföhlenbauverein	527 532	728 453	736 920
Steinföhlenbauverein Gottesseggen	450 000	450 000	450 000
Lugauer Steinföhlenbauverein	85 727	83 696	78 679
Gersdorfer Steinföhlenbauverein	97 919	101 591	96 568
Zwickauer Brüdtenberg	192 000	?	242 000
Zwickauer Bürgergewerkschaft	80 056	132 970	157 302
Zwickauer Steinföhlenbauverein	370	?	8 105
Zwickau Oberhohndorf	100 455	109 648	?

Gewerkschaft Deutschland zu Deisniz erzielte 1916 nach Abschreibungen und Rückstellungen in Höhe von 584 652 Mark (im Vorjahre 586 613 Mark) einen Reingewinn von 1 791 535 Mark (im Vorjahre 1 960 313 Mark). Es gelangt hieraus wieder wie im Vorjahre eine Aubeute auf 6000 Rupe von je 230 Mark zur Auszahlung, während auf neue Rechnung 411 535 Mark vortragen werden. Der Bericht sagt:

„Die erhöhten Gesehungslosten werden durch die borgenommenen Preiserhöhungen nicht aufgewogen. Den Preiserhöhungen des Verbrauchs steht die Regierung Widerstand entgegen, während sie die übrigen Kriegsindustrie verdienen läßt, soviel sie mag.“

Gewerkschaft Kaisergrube zu Gersdorf erzielte 1916 nach Abschreibungen in Höhe von 200 723 Mark wie im Vorjahre einen Reingewinn von 474 241 Mark (im Vorjahre 475 440 Mark). Der Bericht sagt:

„Das Ergebnis des Jahres 1916 ist daselbe wie das des Vorjahres. Wenn auch vom 1. August ab eine Preiserhöhung für die Kohlen stattgefunden hat, so wurde dieselbe doch durch die ganz be-

Nationalität der Besitzer	Kapital in 1000 Mark	Bergwerke in 1000 Stk.
Sosnowicer Kohlengrubengel.	französisch 9750	1472
Warschauer Kohlengrubengel.	polnisch 3000	876
Saunier Montange-Gesellschaft	deutsch-russ. 5000	853
Staf Menard	französisch 7038	704
Soc. Franco-Italienne	französisch 2350	680
Erzbergbau Steinkohle-Gesellschaft	deutsch 2625	642
Erzbergbau Steinkohle-Gesellschaft	französisch 0750	617
Gewerkschaft Flora	österreichisch 1050	306
Frangösi-russische Grube Andes	französisch 2350	274
G. O. Schön	deutsch-russ. ?	?

Hierzu kommen noch 14 kleinere Gruben verschiedener Besitzer mit einer Förderung von zusammen 240 000 Tonnen. Von der Gesamtförderung wurden nur 9 Proz. im Selbstverbrauch verwendet, während der Hauptteil in Polen selbst verbraucht und ein Teil nach Rußland verfrachtet wurde. Die größten Gruben waren bisher in Staatsbesitz. Ein Teil davon befand sich in deutschen Händen und gelangte dabei zu verhältnismäßiger Blüte, bis Regierungsmaßnahmen verschiedener Art schließlich bewirkten, daß die inwertierten Kapitalien den Deutschen entzogen wurden. Dabei kam es zuweilen zu der Gründung obiger Gesellschaften, die zum größten Teil französischen Charakter erhielten. Auch die Staatsgruben wurden an französische Unternehmer verpachtet oder verkauft, wodurch es sich erklärt, daß nur zwei der größeren Gesellschaften noch in rein deutschen bzw. österreichischen Besitz verblieben. Eigentlich russisches oder polnisches Kapital ist nur in geringem Umfange an der Kohlenindustrie beteiligt. Die gesamten Betriebe beschäftigen 22 507 Arbeiter, deren Jahresleistung sich auf den Kopf mit 222 Tonnen berechnet. Diese verhältnismäßig geringe Förderleistung ist auf die Unzulänglichkeit der Betriebsbedingungen zurückzuführen, die in allen Fällen denjenigen der oberirdischen Bergwerksindustrie nachstehen und noch sehr verbesserungsfähig sind. Beim Frieden wird auch die weitere Gestaltung der polnischen Kohlenindustrie abhängen.

Die österreichische Bergarbeiterunion

hat durch den Krieg und vorher durch den Nationalitätenstreit sehr stark gelitten. Jetzt befindet sie sich wieder in einem erfreulichen Aufschwung. Während 1915 nur 402, 1916 nur 838 Mitglidern gemeldet wurden, sind 1917 bis zum 1. Juli bereits 2361 neue Mitglieder gewonnen worden, und die Aufnahmen dauern fort.

Die Stille der holländischen Gewerkschaftsgruppen

geht so wie aus Amsterdam geschrieben, aus einer offiziellen Stellungnahme hervor, die auch die Verschiebung innerhalb der Gesamtorganisation innerhalb Jahresfrist erkennen läßt. Danach hat betragen am 1. Januar 1917 1. Juni 1916

Gesamtzahl der Vereine	4 023	3 557
Gesamtzahl der Mitglieder	303 760	251 667
davon weibliche	13 418	10 036

Die Organisationsbewegung hat sich mithin im Jahre 1916 namhaft verstärkt. Die Mitgliederzahl ist um über 50 000 gestiegen, prozentual noch stärker hat die Zahl der weiblichen Arbeiter zugenommen. Von der Gesamtzahl waren am 1. Januar 1917 in 152 zentralen Verbänden 276 513 Mitglieder organisiert, gegen 223 324 in 154 im Jahre vorher. Lokale „nationale“ gewerkschaftliche Vereinigungen gab es am 1. Januar 1917 noch 310 mit 27 247 Mitgliedern, gegen 350 mit 23 343 am 1. Januar 1916. Die Lokalorganisationen gehen demnach auch in Holland den Aufschwung. Im übrigen verteilen sich die Organisierten auf nicht weniger als 8 zentral organisierte Vereinsgruppen. Wir wollen sie namentlich machen, um unseren Lesern einen Begriff von der Gewerkschaftszersplitterung in Holland zu geben. Es hatten Mitglieder

am 1. Januar 1917 von der Gesamtzahl Prozent

Nationales Arbeitersekretariat	14 809	4,71	10 510	4,18
Niederl. Verb. v. Fachverbänden	128 918	42,44	99 511	32,54
Christl. Niederl. Fachverbände	20 506	6,75	15 013	5,97
Niederl. v. d. Näm.-Kath. Fachverb.	54 855	18,06	40 388	16,08
Niederl. Verb. v. neutr. Fachverb.	5 035	1,66	5 049	2,01
Protest. Christl. Fachverbände	10 124	3,33	7 822	3,11
Interkonfessionelle Fachverbände	13 040	4,29	10 802	4,29
Niederl.-Kathol. Fachverbände	60 294	19,84	47 180	18,75

Die Namen der Gruppen erklären meistens schon genügend ihr Verhältnis zu den politischen und den religiösen Parteien des Landes. Es gibt nicht nur „spezifische“ und „interkonfessionelle“ (katholische und protestantische Mitglieder) Fachverbände, sondern noch „sonstige“ „protestantische“ und „römisch-katholische“. Die Auswärtigen hier also noch größer als in Deutschland, hier nicht zum Vorteil der Arbeiter. Die Unternehmer haben sich auch in Holland einheitlich organisiert. Das „Nationale Arbeitersekretariat“ steht unter jüdisch-litauischem Einfluß. Der Niederländische Verband von Fachverbänden, die stärkste Gewerkschaftsgruppe hierzulande, entspricht der Vereinigung der freien Gewerkschaften Deutschlands. Er gehört darum auch dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Der Niederländische Mißwertersbond (Bergarbeiterverband) ist Mitglied des Nied. Verbandes von Fachverbänden.

Friedensfreundliche Bergleute in England.

Daß es in den Arbeitermassen Englands stark feilscht, hat der mit 2/3 Mehrheit gefasste Bescheid des Delegiertenkongresses der Britischen Arbeiterpartei, nun doch Delegierter zur Sozialistischen Friedenskonferenz zu entscheiden, bewiesen. Arbeitssammler-Beobachter, der diesen Bescheid beurteilte, ist deshalb mit dem „Administrative Lloyd George“ in Streit geraten und schied deshalb aus dem Ministerium aus. In Frankreich wird die sozialistische Bewegung für den Friedensschluß durch Vertiefung, und für Teilnahme an den Sozialistischer Beratungen immer stärker. Die Entscheidung von Delegierten ist zwar beschränkt, aber nun heißt es, die Regierungen von Frankreich und England verweigerten den Delegierten die Pässe! Von einem guten Gewissen zeugt das nicht. Die deutsche Regierung verweigert die Pässe nicht. Aber auch in der russischen Regierung ist ein Umschwung eingetreten. Ministerpräsident Kerenski ist Vizepräsident geworden und wütet mit Ansehen und Entschlossenheit gegen die entsetzlichen Verbrechen eines fortwährenden Friedens ohne Funktionen und Entschuldigungen. Er treibt so sehr, wie der Jargonismus das russische Volk auf die Schlachtbank des Krieges. Anzudeuten sind die Friedensausichten zuletzt sehr verschlechtert. Darum freut es uns, aus England zu vernahmen, daß sich die dortigen Bergleute immer mehr von der Gefolgschaft der Kriegstreibernden Regierung befreien. Im Kantfir haben 20 000 Bergleute wegen des Lebensmittelwunders gezeifelt. Der Bezirk des englischen Bergarbeiter-Bundes von Südwales lehnte es in einer Konferenz ab, die Demille der Organisation für die Industrie von 4575 Metern zur Verfügung zu stellen, da es nicht Sack der Gewerkschaften sei, mit den Militärbehörden zusammenzuarbeiten. Die Ablehnung erfolgte mit 236 gegen 25 Stimmen. Die Konferenz erklärte u. a. in einer Entschliessung folgendes: „Der Bund der Bergarbeiter von Südwales ergreift Maßnahmen, um die Wünsche der organisierten Arbeiterpartei unseres Landes in der Friedensfrage festzustellen. Mit dem Zweck, den organisierten Arbeitern der kriegstreibernden Länder Gelegenheit zu geben, um die Ansichten der britischen Arbeiterklasse über die Friedensregelung kennen zu lernen und anzufragen, ob sie bereit sind, die Politik der britischen Arbeiterklasse anzunehmen und Schritte zu tun, um ihre Regierungen zur Annahme zu zwingen.“

Knappschäftliches.

Freizügigkeitsvertrag für die Knappschäftsmittglieder.
In Et. Saar fand am 3. August 1917 unter dem Vorsitz des Geheimen Bergwerks Dr. Weidmann und unter Beteiligung von Vertretern der verschiedenen deutschen Bundesstaaten eine Sitzung des länderübergreifenden Ausschusses des allgemeinen Knappschäftsbundes statt. Es wurde u. a. der Entwurf eines Freizügigkeitsvertrages und die Einrichtung einer Arbeitsnachweise für die Wandererente beraten. Der Freizügigkeitsvertrag wird mehr als einer Million Bergleuten zugute kommen und einen wichtigen sozialpolitischen Fortschritt für die Mitglieder der Knappschäftsbereine darstellen, da er abweichend von dem bisherigen Gegenseitigkeitsvertrag den Mitgliedern Rechte und Ansprüche gibt. Entschloß ich recht! Warum denn nicht eher? Warum hat man uns jahrelang auch wegen dieser Forderung geschmäht, verächtlich

und als Heber bezeichnet? Was jetzt geht, war doch auch früher, vielleicht noch viel besser möglich! Mühen denn alle, auch die kleinsten Fortschritte, mit so unendlichen Opfern erkämpft werden? Wo stehen ich diejenigen, die uns geschmäht, verächtlich und als Heber bezeichnet haben? Sie werden den Kopf in den Sand stecken, wie man es bei dieser Sorte gewöhnt ist.

Milchkühe auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Rehe Auguste Victoria. In Nr. 27 der „Bergarb.-Ztg.“ teilten wir mit, daß in der Bergarbeiter-Versammlung dieser Woche am 10. Juni gerügt worden sei, daß das Gezehe schlecht geschärft und oft stumpf wieder in die Grube geschickt würde. Das hatte zur Folge gehabt, daß eine Revision der Gezehe erfolgen, und wo stumpfes Gezehe gefunden wurde, Beirung eintreten sollte. Die Arbeiter sollten aber zum Schärfen der Sägen keinen Schein bekommen, der Schleifstein laufe selten, oft sei der Treibriemen kaputt, in der Schreinerlei zu schleifen sei verboten und wer ein scharfes Gezehe haben wolle, müsse es mit der Feile schärfen. Darauf erhielten wir eine Berichtigung, worin lediglich die Angabe, daß der Schleifstein selten laufe, bestritten wurde. Dazu bemerkten wir in Nr. 31 der „Bergarb.-Ztg.“:

„Diese Berichtigung bestritt nur unsere Angaben über den Schleifstein, und übergeht alles andere mit Schweigen. Warum? Berichtigungen sollen doch der Wahrheit und nicht der Verdunkelung dienen! Wer aber nur bestritt, und was unbestreitbar ist, mit Schweigen übergeht, dient der Wahrheit nicht.“

Daraufhin erhielten wir folgende, vom 14. August datierte Berichtigung:

„Es ist unrichtig, daß das Gezehe schlecht geschärft und öfter stumpf in die Grube geschickt wird. Wohl sind einzelne Leute bestraft worden, weil sie mit stumpfem Gezehe gearbeitet und nicht dafür gesorgt haben, daß das Gezehe rechtzeitig vorgenommen wurde. Ueber schlechtes Gezehe sind seitens der Bergarbeiter auch noch keine Klagen laut geworden. Unrichtig ist ferner, daß die Leute keinen Schein zum Schärfen der Sägen bekommen können.“

Gewerkschaft Auguste Victoria. Ein.

Daß die Gezehefrage in der fraglichen Bergarbeiter-Versammlung besprochen wurde, ist uns bekannt, und wir verstehen daher nicht, wie die Gewerkschaft behaupten kann, es seien darüber noch keine Klagen laut geworden. Man kann alles behaupten, das zeigt diese Behauptung. Weil es aber darauf nicht ankommt, werden wir gelegentlich die Bergarbeiter befragen müssen und dann auf die Angelegenheit zurückkommen.

Rehe Teubornia. Im Revier 3, Steiger Zimmermann, sind Hauertöhne von 8 Mark bis 5,50 Mark verdient und auch bezahlt worden. In einem gutgeleiteten Revier dürfen solche Töhne gar nicht vorkommen. Auf diese Weise wird doch die Arbeitslust und Verdienstmöglichkeit gefördert und beiden Teilen geschadet. Es wäre auch zu wünschen, daß das Holz an die einzelnen Betriebspunkte angeliefert wird, damit die Arbeiter nicht dahinter herumlaufen brauchen. Auch das Holz auf einem gut geleiteten Betrieb nicht vorkommen. Die Braunkohlen in der Braunkohle laufen oft nur mangelhaft, was bei dem Seitenmangel besonders unangenehm ist. Ist das von den verantwortlichen Stellen noch nicht bemerkt worden?

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Eingabe zur Kartoffelversorgung.

Essen, Paderm., Wanne, den 17. August 1917.
An das Kriegsamt (Abteilung für Ernährung der Schwerarbeiter).

Verschiedenen Nachrichten zufolge soll die Absicht bestehen, in diesem Jahre die Kartoffelproduktion pro Kopf und Woche auf nur 5-6 Pfund festzusetzen. Gegen dieses Vorhaben erheben wir entschieden Einspruch mit dem Hinweis, daß es bei einer solchen knappen Zurechnung der Bergleute nicht möglich sein wird, die so notwendige Kohlenförderung aufrecht zu erhalten. Selbst bei einer mittelmäßigen Kartoffelernte in Deutschland sind jetzt Kartoffeln vorhanden, daß der Bevölkerung ein reichliches Quantum zur Verfügung gestellt werden kann. Wir eruchen daher dringend, die Kartoffelproduktion auf mindestens 10 Pfund pro Kopf und Woche festzusetzen, damit wenigstens ein Nahrungsmittel da ist, an dem sich die Arbeiterklasse jetzt offen kann.

Es muß unter allen Umständen alles geschahen, um eine Wiederholung der früheren unglücklichen Zustände auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung zu vermeiden und die Einkühlung in den einzelnen Haushaltungen bis zur nächsten Ernte zu ermöglichen. Die Verschickungen der Regierung und Behörden, daß im letzten Jahre die Kartoffeln zu schnell verbraucht wurden, teilen wir nicht. Auf jeden Fall werden dadurch riesengroße Mengen Kartoffeln in den Dienst der menschlichen Ernährung gestellt, die sonst durch ungewöhnliche Lagerung in den Gemeinden und Städten, sowie durch unzeitigen Transport verfaulen würden. Ganz besonders wünschen wir, daß die Kartoffeln beim Erzeuger voll erfasst werden und zur Verteilung gelangen, und daß zur Herstellung von Spiritus nur das unbedingt zu Zweckzwecken notwendige Quantum verwendet wird.

Die Reichsregierung beschließt, die Aufzucht von Bezirks- und Staatszuchtställen auf Kosten der täglichen Karren vorzunehmen, dergestalt, daß den Gemeinden vorläufig nur 75 Prozent ihres Bedarfs ausgehändigt werden, während 25 Prozent der Nation zur Reserve verwahrt werden sollen. Geringere Erträge werden den schärfsten Widerspruch, da nach unserer Ansicht wieder der gleiche Kartoffelmangel eintreten wird, wie im Vorjahre und im laufenden Jahre und jede Einkühlung unmöglich gemacht wird. Nach unserer Ansicht müssen die Reservebestände über das tägliche Quantum hinaus angefaßt werden, dergestalt, daß sie erst unmittelbar vor der nächsten Ernte zur Ausgabe gelangen und eine Einkühlung der Kartoffeln dadurch nicht verhindert wird.

Die Absicht, durch Abschichtung einer größeren Menge von Vieh die Verfütterung der Kartoffeln im Laufe des Winters hintanzuhalten, begreifen auch wir und bitten um strenge Durchführung.

Mit hochachtungsvollem Glüdauf!

(Folgen Unterschriften der vier Bergarbeiterverbände.)

Eingabe zur Seifenversorgung.

Wodum, Essen, Wanne, den 15. August 1917.
An das Kriegsamt (Abteilung Versorgung für Schwerarbeiter).

Im Auftrage der organisierten Bergarbeiter-Vereine tragen die Unterzeichneten nochmals die Bitte vor, daß dafür Sorge getragen zu werden, daß die Bergarbeiter bei der Seifenverteilung besser bedient werden und daß auch eine bessere Qualität geliefert wird. Es ist für den Bergarbeiter unmöglich, mit dem heutigen Quantum auszukommen, zumal ja die Seife noch von schlechter Beschaffenheit ist. Die 50 Gramm Seife von der Gemeinde, wozu ein Zusatz von 50 Gramm von der Betriebsverwaltung kommt, reichen nicht im entferntesten aus, den mit Schweiß und Knochenarbeit bebauten Körper zu reinigen. Es ist somit gekommen, daß der Bergmann sich aus Mangel an Seife nicht mehr so gereinigt, wie es nötig wäre, da Wasser allein den fest anhaftenden Schmutz nicht entfernt, und wenn Seife dazu genommen wird, die gelieferte Menge von 100 Gramm nicht einmal eine Woche, viel weniger einen Monat ausreicht. Die Hautporen verstopfen sich bei der mangelhaften Reinigung immer mehr, und Krankheiten sind dann die Folge, da die Transpiration verhindert ist. Der am Körper haftende Schmutz bringt auch Hautkrankheiten mit sich und die Kräfte, sowie andere schlimme ansteckende Krankheiten zwingen zu Krankheitsfällen, wodurch wieder die Förderung ungenügend beeinflusst wird.

Dazu kommt dann noch, daß in einigen Bergbaubezirken des Ruhrgebietes eine größere Anzahl von Ruhrerkrankungen zu verzeichnen sind. Im der Gefahr des Ausbreitens dieser Krankheit wirkt am ehesten entgegen, in die größte Sauberkeit in den Häusern, sowie die Reinlichkeit der Kleidung und Wäsche unbedingt erforderlich. Hier fehlt es aber wiederum an dem nötigen Quantum guter Seife.

Der Mangel an Seife bringt dann auch noch eine andere große Gefahr mit sich. Zum Reinigen der Grubenkleider ist heute keine Seife vorhanden. Die Kleider werden nicht mehr mit „saurem“ Dampfe gewaschen, sondern sie bleiben monatelang in den Waschküchen der Gruben hängen und werden mit Ungeziefen durchsetzt. Gerade hierüber erhalten wir in letzter Zeit eine Menge lebhafter Beschwerden. Ein einseitiger Bergarbeiter der Zeche Wattrup teilt uns mit, daß aus

den dargelegten Gründen für die Bergarbeiter der genannten Zeche sogar die Gefahr der Verfaulung besteht. Der Genannte schreibt ferner, daß auf der Zeche Wattrup wohl Seife vorhanden war, die selbe aber bisher noch nicht 15 bis 25 Mark pro Fund gelistet habe. Einen solchen Preis kann doch kein Bergmann bezahlen. Es müßte daher unbedingt billigere und bessere Seife geliefert werden und auch ein größeres Quantum, damit eine ausreichende Reinigung des Körpers und der Grubenkleider erfolgen könne.

Im Interesse des deutschen Bergbaus und einer ungehinderten Förderung, die zum Durchhalten nötig ist, eruchen wir dringend, doch endlich Sorge zu tragen, daß die Bergarbeiter besser mit Seife, deren Preis kein Wunderpreis sein darf, versorgt werden. Vielleicht können die Kreise, deren Beschäftigung den Körper nicht beschmutzt, etwas mehr an Toiletten- und Zellseifen sparen. Die Bergarbeiter-Vereine hat die Seife aber so nötig wie das tägliche Brot und sie muß unbedingt beschafft werden. Dieses wird jeder einsehen, der Gelegenheiten hat, oder Gelegenheiten nimmt, einmal auf einer Ruhrzeche zur Zeit des Schichtwechsels die Reinigung der Bergarbeiter in der Waschküche zu beobachten.

Zum Schluß gestatten wir uns dann noch, darauf hinzuweisen, daß bei manchen Kommunalverwaltungen noch größere Seifenreserven vorhanden sind. Wir bitten zu veranlassen, daß diese Bestände zugunsten der Bergarbeiter angegriffen werden.

Hochachtungsvoll ergeben!

(Folgen Unterschriften der vier Bergarbeiterverbände.)

Ein Stimmungsbild der Bergarbeiter.

Unternehmer, Werkspresse und ebenso die Sprachorgane der „Bergarbeiter-Friedlichen“ werden nicht müde, die Verbandsführer zu beschuldigen, die Bergarbeiter zu immer höheren Lohnforderungen anzuweisen, um so den Verband an nachgehender Stelle zu empfehlen. Die Löhne seien andauernd und ausreißend gestiegen, — nach Prälat Schütz werden sogar Wucherlöhne gezahlt —, aber trotzdem komme die Bergarbeiter-Vereine nicht zur Ruhe, weil sie von den Verbandsführern zur weiteren Wechsellieferung aufgehetzt würde. Wären diese Aufschuldigungen so richtig, wie sie falsch sind, würden sie immerhin beweisen, daß die erzielten Lohnsteigerungen nur auf Drängen der Organisation erfolgten. Sie sind aber durchaus falsch und ihre Tatsächlichkeit ist anlässlich der wilden Zustände wiederholt und unüberleglich nachgewiesen worden. Sollte es aber noch eines Beweises bedürfen, daß nicht die Verbandsvertreter die Dränger und Treiber nach höheren Löhnen sind, daß vielmehr die Vergleite ungenügend nach Lohnsteigerung drängen und sich gegen das Bremsen ihrer Organisationsleitung auflehnen, so hat eine Bergarbeiter-Versammlung der Zeche Gneisenau in Dorne am 12. August diesen Beweis erbracht. Die Versammlung, die gut besucht war, teilte einen erregten Verlauf mit, und in der auch die Betriebsleitung der Zeche anwesend war, eroberte mit der Ablehnung des Vorschlages des Verbandsvertreter und der Annahme einer Resolution, in welcher ein Durchschlittlohn für Bauer und Lehrhauer von 15 Mark, für erwachsene Schichtführer 12 Mark, und 40 Prozent Lohnaufbesserung für Jugendliche und Frauen gefordert wurde.

Die Versammlung war von den drei Verbänden gemeinschaftlich einberufen und wurde auch in gemeinschaftlicher Zusammenkunft geleitet. Der Vorsitzende teilte einleitend mit, daß die drei Verbände der Zeche nach eingehender Prüfung der Lohn- und Zeugsverhältnisse zu dem Ergebnis gekommen seien, einen Lohn von 15 bzw. 12 Mark zu fordern. Man habe seit Monaten auf ein Nachlassen der unerschwinglichen Lebensmittelpreise gewartet, aber anstatt dessen stiegen die Preise weiter, die Lebensmittel wurden teurer und plünderten das Volk ungehört weiter. Darauf berichtete der Mann des Arbeiterausschusses über das Ergebnis der letzten Sitzung mit der Betriebsleitung; Resultat: alles abgelehnt! Als Vertreter der Verbände sprach Kamerad Leimveter, der die Bergarbeiter ermahnte, die vorgelegene Resolution gemäß den Vorschlägen der Organisationsleitungen zu ermahnen und sich mit denjenigen Forderungen zu begnügen, die in der großen Essener Versammlung aufgestellt wurden. Er wolle 15 Mt. und mehr bei den heutigen Zeugsverhältnissen nicht zu viel und würden auch in den übrigen Kriegsjahren vielfach gezahlt, aber im Bergbau sei keine Aussicht, eine solche Forderung je zu durchzubringen. Er würde es die Bergarbeiter zu schweren Kämpfen bringen lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß durch diese Kämpfe der Krieg für Deutschland verloren ginge. Der Betriebsleiter der Zeche, welcher sei immer noch höchstes Geheh, ihre Interessen stünden über den Landesinteressen. Die Bergarbeiter müßten bei ihren Forderungen und ihrem Tun Rücksicht auf die Landesverteidigung nehmen, müßten während des Krieges ihre Forderungen auf geleglich zulässigen Wege geltend machen. Lehnten die Besenherren die Forderungen ab, müßte der Schlichtungsausschuß angerufen werden, und wolle man dort auf Erfolg rechnen, dürfe man die Forderungen nicht überspannen. Besser eine geringere Lohnaufbesserung, als gar abgewiesen.

Es entspann sich nun eine rege Diskussion, in der sich sämtlich Redner mit Ausnahme des Knappschäftsbundes, 2 gegen Leimvetters ausdrücken und mit aller Entschiedenheit für 15 Mark eintraten. Ein Kamerad führte aus: der Vertreter des Verbandes habe die Bergarbeiter an ihre vaterländischen Pflichten ermahnt und betont, daß das Vaterland Arbeitsleistungen im Bergbau nicht ertragen könne. Solche Ermahnungen werden die Bergarbeiter in jeder Versammlung föhnten sie täglich in jeder Zeitung lesen, während sie auf der Zeche dazu noch täglich hören müßten, daß sie Unzufriedenheit und Vaterlandsverräter seien, wenn sie nicht jedes Gebot annehmen wollten! Diese Ermahnungen seien eben überflüssig, wie die Beschimpfung ausdes und beleidigend sei. Die Bergarbeiter seien sich des Ernstes der Kriegslage voll bewußt, sie müßten sehr gut, welche wichtiger Bestandteil der Heerarmee sie seien und daß von ihrer Haltung ein Teil der glücklichen Kriegsführung abhänge. Sie alle wünschten ein glückliches Ende des Krieges, keiner wolle die Niederlage Deutschlands und seiner wolle streiten, aber leben wollten sie, nichts mehr. Die Bergleute haben ein Interesse an dem glücklichen Ausgang dieses Krieges, dafür haben sie bisher ihre Zufriedenheit getan, aber auch die anderen Bevölkerungsklassen, die Besenbesitzer, die Landwirte und Lebensmittelhändler haben mindestens dasselbe Interesse an einem Deutschen Sieg, und solle man deshalb an diese die Mahnungen zur Pflichterfüllung richten. Während die Bergarbeiter verarmen und verkommen, bereichern sich die Lebensmittelhändler, ohne darum als Substanz der Landesverteidigung abzurufen zu werden. So könnte z. B. ein Arbeiter vor dem Krieg einen Zentner Mehl für 10-15 Mark kaufen, heute muß er 100 Mark und mehr zahlen. Womit will man eine solche Preissteigerung rechtfertigen? Wollten die Vergleite in ihren Forderungen ebenso „bescheiden“ sein, müßten sie auf fast 15 Mark 60-70 Mark Schichtlohn fordern. Bei den heutigen Preisen reiche der Lohn nicht aus, auch nur diejenige Lebensmittel zu kaufen, die den Bergarbeitern auf Grund ihrer Verzuglücke zuständen. Es müßten deshalb die Löhne erheblich aufgebessert oder die Lebensmittelpreise heruntergesetzt werden. Wollten die Besenbesitzer keine höheren Löhne zahlen, müßten sie ihren Einfluß dahin geltend machen, daß den Arbeitern billigere Lebensmittel zugänglich gemacht würden. Nach dieser Ansicht beizuhalten aber keine Aussicht und deshalb müßten sie ihre Lohnforderung aufrecht erhalten, mit oder ohne Zustimmung der Verbandsleitung.

Leimvetter wandte sich nochmals gegen die Annahme der weitgehenden Resolution und ersuchte, sich mit den mächtigeren Forderungen zu begnügen. So richtig auch die gemachten Ausführungen seien, so ausschließlich sei es trotzdem, eine derartige Lohnforderung durchzuführen. Mit einer Lohnforderung von 15 Mark würden die dem Arbeiterausschuß alle Türen verriegelt und gewahrt sein, völlig leer anzugehen. Nachdem noch einige Kameraden sich gegen die Bevormundung durch die Verbandsleitung und ihre Mitglieder gegen den Schlichtungsausschuß ausgesprochen hatten, erfolgte die Abstimmung, die die Annahme der Resolution für 15 Mark Dauerdurchschnittslohn fast einstimmig erab. Die anwesende Betriebsleitung konnte sich somit einmischen und über die tatsächliche Stimmung ihrer Bergarbeiter überzeugen, während alle diejenigen, welche die Verbandsangehörigen als Unzufrieden und Lohndränger beschuldigen, eine glatte Überzeugung und ungenügende Überzeugung erfuhr. Ein Stimmungsbild der Bergarbeiter, aus dem alle lernen mögen, die es angeht.

Zeche de Wendel vor dem Schlichtungsausschuß.

Bei der Verhandlung am 14. d. Mtz. vor dem Schlichtungsausschuß im Saal gegen die Zeche de Wendel beauftragte Kamerad Herold als Vertreter des Arbeiterausschusses die Besenherren der Bergarbeiter. Das dem Arbeiterausschuß zu Anfang Mai gegebene Versprechen, daß die gesteuerte Forderung auf 10,50 Mark Durchschnittslohn für Bauer und entsprechende Lohnsteigerung für die übrigen Arbeiter bereits erfüllt sei, wäre nicht eingehalten worden. Nach der Lohnstatistik der Bergarbeiter, die 492 Lohnbücher umfaßt, sei der Durchschnittslohn für Bauer von 10,13 Mark im März zurückgegangen

auf 9,57 Mark im April und 9,94 Mark im Mai. Davon hätten im Mai noch 6 Kameraden unter 7 Mark und 30 Kameraden unter 8 Mark verdient. Auch bei den Reparaturbauern und Schlepplern sei im April ein erheblicher Lohnrückgang eingetreten. Neben das eingeführte Prämiengebäude sei die Belegschaft sehr unzufrieden, da es zu großen Lohnschwankungen führe und große Härten herbeiführe. Die Spannung zwischen den Löhnen sei übertrieben. Die weit unter dem Durchschnittslohn stehenden Belegschaftsmitglieder blieben daher in einer dauernden Erregung, die sich auf die Gesamtheit allzu leicht übertrage. Die niedrigen Löhne müßten ausgemerzt und das Prämiengebäude seiner Härten entleert werden. Die Belegschaft erwarte eine dauernde, stetige Steigerung der Löhne, ohne die heutigen großen Schwankungen. Herr Oberingenieur Plak als Vertreter der Zeche bestritt die Zuverlässigkeit der vorgelegten Lohnlisten. In der Lohnstatistik der Belegschaft seien augenscheinlich die hohen Löhne der größeren Belegschaftsmitglieder nicht enthalten. Er gebe zu, daß im April eine Lohnsenkung eingetreten sei, sei aber geringfügig gewesen und sei durch die Lohnsteigerung der folgenden Monate reichlich ausgeglichen worden. Die Löhne der eigentlichen Kohlenbauer (ohne Gehilfen) hätten betragen, im März 10,36 Mark, im April 10,28 Mark, im Mai 10,53 Mark, im Juni 10,84 Mark. Der Durchschnittslohn für Reparaturbauern habe im Juni 8,16 Mark, für Schleppler 8,74 Mark betragen. Die Zeche habe ihre Versprechen erfüllt, werde aber im August auf „eigenem Antrieb“ eine weitere Lohnsteigerung von etwa 30 Pfg. einbringen lassen, die besonders den geringeren bezahlten Leuten zugunsten falle. Soweit die niedrigen Löhne in Frage kämen, sollen von Fall zu Fall Nachprüfungen der Gehälter stattfinden. Nach seinem Empfinden sei die Unruhe über die Lohnfrage von außen hinein getragen worden.

Kamerad Osteroth wies letztere Behauptung entschieden zurück. In den Belegschaftsversammlungen, die sämtlich auf Drängen der Belegschaft vom Arbeiterausschuß einberufen worden seien, seien aus der Belegschaft heraus noch viel weitgehendere Lohnforderungen gestellt worden, die er als unzulässig zurückgewiesen habe. Selbst Rechenbeispiele hätten nach der ersten Belegschaftsversammlung gegeben, daß durch den Einbruch der Verammlung der Streik verhindert worden sei. Gegenüber den behaupteten Lohnsteigerungen sei hervorgehoben, daß die Gehälter unverändert geblieben seien seit 1916. Soweit höhere Löhne vorliegen, bestritt er also ausschließlich auf der höheren Leistung. Die aufgesehene Behauptung, daß die Leistung wesentlich zurückgegangen sei, sei ebenfalls durch die Kranken- und Feiertagslöhne Einzelner, die keine Lebensmittel hatten. Notwendig sei eine Kontrolle der weizen Mindergewicht beim Anarbeiten Wagen, durch welche den Vergleichen in vielen Fällen die Prämien verloren gingen.

Ein Arbeiterbevollmächtigter wies darauf hin, daß nach dem Vergleich der Arbeiter das Recht zuzugehen, einen solchen Kontrollleur auf ihre Kosten zu wählen. Mehrere Arbeiter hatten auch die Einführung der im März gewährten generellen 10prozentigen Lohnsteigerung für bestritten, weil dadurch die niedriger entlohten Arbeiter zu kurz kämen. Nach weiteren eingehenden und zähen Verhandlungen, in welchen Herr Oberingenieur Plak nochmals erklärte, daß weitere Lohnsteigerungen eintreten und Nachprüfungen von Gehältern und niedrigen Löhnen vorgenommen werden sollen, kam folgende Einigung zustande: Der Vertreter der Zeche, Herr Oberingenieur Plak, erklärte, daß nach den Lohnaufstellungen von Juni und Juli die Dauerlöhne der Durchschnittslohn von 10,50 Mark bereits überschritten haben, die Zeche sei auch weiterhin bereit, die Löhne der Reparaturbauern und Schleppler den Leistungen entsprechend zu steigern. In der Zeit, die in möglichst kurzer Zeit in dem Antrage vom 28. Juli geforderte Höhe zu erreichen würden. Vom 1. August ab habe die Verwaltung aus eigenem Antrieb eine Revision sämtlicher Löhne vorgenommen und sei beabsichtigt, vorwiegend die niedrigen Löhne auszubessern. Die Vertreter des Arbeiterausschusses erklärten sich hiermit einverstanden und versprachen, auf die Belegschaft in diesem Sinne einzuwirken.

Erhöhung der unpfändbaren Lohnsumme notwendig.

Die Erhöhung der unpfändbaren Lohnsumme wird uns so notwendig, je mehr die Kaufkraft des Geldes sinkt. Wir haben schon lange vor dem Kriege die Erhöhung gefordert, aber erst im Juni 1917 hat der Bundesrat die unpfändbare Lohnsumme von 1500 auf 2000 Mark heraufgesetzt. Unser Verband hat schon in einer Eingabe die Erhöhung auf 3000 Mark gefordert. In der Revision der Gewerkschaftsorganisationen und Angestelltenverbände, betreffend die gewerkschaftlichen Forderungen für den Lebensbedarf von der Kriegs- zur Friedenszeit (siehe Nr. 20 der „Bergarb.-Ztg.“) an den Bundesrat und Reichstag, wird gefordert, die unpfändbare Lohnsumme auf 5000 Mark zu erhöhen. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Entwertung des Geldes ist diese Summe nicht zu hoch gegriffen. Welche Verheerungen der heutige Zustand anrichtet, zeigt folgender Brief einer Mutter von sieben Kindern:

Geehrter Herr!

Da Sie in Ihrer „Bergarbeiter-Zeitung“ so sehr die Interessen der Arbeiter vertreten, so möchte ich Sie bitten, auf einen großen Mangel hinzuweisen, der viele Arbeiter trifft. Wie Sie wissen, haben wir das Gesetz, wonach einem jeden der Lohn, sowie er 2000 Mark übersteigt, gepfändet werden kann. Wir haben 1500 Mark Schulden an einem Oatis, das wir versteigert bekommen. Mein Mann arbeitet auf Grube Ludwiger und wir haben 7 Kinder im Alter von 1—12 Jahren. Der Lohn ist ihm gepfändet, so daß er monatlich nicht mehr die 168 Mark nach Hause bringt, während seine Kameraden oft noch mehr wie 250 Mark verdienen. Die neue 10prozentige Lohnsteigerung bekommt er ebenfalls gepfändet, und als ich heute die Karte auf der Inspektion vorbrachte, erhielt ich zum Bescheid, im nächsten Monat würden auch noch die Feuerungszulagen gepfändet. Dann können wir mit unseren Kindern verhungern. Ist dieses Gesetz denn noch der Zeit entsprechend, in der wir leben? Die Arbeiter, die 10 Mark und mehr verdienen, beschweren sich mit ihrem Lohn nicht auszuhalten, und wir sollen bis zu 9 Leben mit 5 Mark. Machen Sie in Ihrer Zeitung einmal aufmerksam auf diesen Mangel, und ich bin überzeugt, daß ein jeder einsteht, daß das nicht so weiter gehen kann. Da ist ja der arme Mann zum Hungerode verurteilt. Ich habe mich in der Sache an den Führer der sozialdemokratischen Partei, Herrn Scheidemann, gewandt, damit er die Sache im Reichstag vorbringen soll und habe auch Antwort erhalten, daß er es tun will. Hoffentlich mit Erfolg. Wenn Sie jetzt noch die Presse ein bisschen mitteilen würde, so träte sicher in der Sache eine Veränderung zum Bessern ein. Ihnen im Voraus dankend, verbleibt hochachtungsvoll Frau G. J.

Es können Familien zugrunde gerichtet werden durch Gläubigerforderungen, die rechtlich und sittlich vielleicht sehr annehmbar sind. Doch dürfen auch berechnete Gläubigerforderungen nicht Erläuterungen bedürfen oder vernachlässigt werden. Es ist daher dringend notwendig, daß die unpfändbare Lohnsumme auf 5000 Mark heraufgesetzt wird.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Belegschaftsversammlung in Leopoldshaus zur Lohnfrage.

Am 12. August 1917 fand in Leopoldshaus eine Belegschaftsversammlung des anhaltisch-sächsischen Kalwerkes statt und nahm nach längerer Aussprache folgende Entschlüsse einstimmig an:

„Die heute, am 12. August 1917, in Leopoldshaus tagende Belegschaftsversammlung des anhaltisch-sächsischen Kalwerkes nimmt Kenntnis von der Mitteilung, die dem Arbeiter-Ausschuß in einer Besprechung am 6. August von der Betriebsverwaltung gemacht worden ist, daß die Löhne ab 1. Juli in der 1. Klasse um 30 und in der zweiten und dritten Klasse nur um 20 Pfg. erhöht werden sollen.“

Mit großer Enttäuschung weisen die Arbeiter diese Auslegung der Kaligesebnelle wie sie von Seiten der Betriebsleitung geplant wird, zurück und erheben Anspruch auf die nach dem Gesetz allen erwachsenen Arbeitern zuzehörende Erhöhung von 1 Mark pro Schicht. Die Steigerung des Durchschnittslohnes in der ersten Klasse ist nicht auf Gehaltserhöhung oder Zulage, sondern auf die Mehrleistung einzelner Arbeiter zurückzuführen.

Die Belegschaftsversammlung fordert die Arbeiter-Ausschußmitglieder auf, nochmals mit der Direktion in Verhandlung zu treten, daß den Arbeitern der 1., 2. und 3. Klasse die ihnen nach dem Gesetz zuzehörende Erhöhung gewährt wird. Diese Forderung ist in Anbetracht der bestehenden Löhne, die auf dem anhaltisch-sächsischen Werke gezahlt werden, um so mehr berechtigt, da auf anderen Kalwertwerken schon längere höhere Löhne gezahlt werden.“

In der Belegschaftsversammlung wurde festgestellt, daß die Steigerung der Durchschnittslohne vom 4. Quartal 1916 gegenüber dem Juli 1917 dadurch entstanden ist, daß Beamte den Arbeitern gegenüber sagten, „man kann nicht verdienen, soweit ihr wollt, eine Kurzwahl der Gehaltsgläubiger tritt nicht ein“. Einige Arbeiter haben dann, durch Anknüpfung aller ihnen zu Gebote stehenden Kräfte letztendlich eine

höhere Leistung erzielt und somit auch einen höheren Lohn verdient. Dieser erhöhte Lohn, der nur einem kleinen Teil von Arbeitern in der 1. Lohnklasse zugute kam, wird nun auf die übrigen Arbeiter verteilt, somit kommt dann für alle Arbeiter dieser Klasse ein etwas höherer Durchschnittslohn heraus. Bei der 2. und 3. Lohnklasse, wo vorwiegend nur Männer im festen Schichtlohn beschäftigt sind, hat sich nach Berechnung der Betriebsleitung herausgestellt, daß sie den Arbeitern nicht 1 Mark, sondern nur 90 Pfg. zahlen braucht, und kann dies nur auf den Umstand zurückzuführen sein, daß zur 2. Lohnklasse die Bergarbeiter gehören, welche diese Beschäftigung im Nord ausüben. Wenn sich nun der Lohn dieser einzelnen Arbeiter ebenfalls durch Mehrleistung um einige Groschen erhöht hat, so ist es doch unbegreiflich, daß die Betriebsleitung dies auch für die anderen Arbeiter, deren Lohn sich seit 1916 nicht verbessert hat, mit berechnet. Noch unbegreiflicher aber ist es, daß den Arbeitern in der 3. Lohnklasse, die nach dem Gesetz die 1 Mark Lohnsteigerung auch zu beanspruchen haben, ebenfalls nur 90 Pfg. gewährt werden. In dieser Klasse gehören bekanntlich alle Hebertagsarbeiter, welche seit 1916 einen festen Stunden- resp. Schichtlohn haben. Es bleibt den Arbeitern unverständlich, wo da die Mängel von 10 Pfg. herkommt.

Eigenartig erscheint aber der Umstand, daß man den Frauen anstatt wie das Gesetz bestimmt 75 Pfg., 70 Pfg. und den Jugendlichen anstatt 60, 51 Pfg. gewährt.

Ausschlaggebend bei der Lösung der Kaligesebnelle vom Jahre 1917 war, daß allen erwachsenen Arbeitern in der Kali-Industrie 1 Mark, den Frauen 75 Pfg. und den Jugendlichen 50 Pfg. pro Schicht gewährt werden sollte. Diese Zuwendungen für die Arbeiter sollten aus den erhöhten Preisen der Kaliprodukte gegeben, niemals aber sollte aus der Mehrleistung einzelner kräftiger Arbeiter diese Erhöhung herausgeholt werden. Dies war auch der Grundgedanke der Betriebsleitung. Ob bei diesen Maßnahmen der Wertverfall der Waare des Kaliverkaufes war, Unzufriedenheit unter die Belegschaft zu bringen, kann dahingestellt sein.

Im 4. Quartal 1916 betrug der Durchschnittslohn für Arbeiter der 1. Klasse (dazu gehören nur Männer und Förderleute) auf dem anhaltisch-sächsischen Kalwerke in Leopoldshaus 6,22 Mark. Im 2. Halbjahre 1916 gab es jedoch 21 Werke, die einen Durchschnittslohn von über 7 Mark, und 45 Werke, die 6,50 Mark bis 7 Mark den Arbeitern in der 1. Klasse zahlten. Somit zahlten circa die Hälfte der bestehenden Kalwerke schon 1916 einen bedeutend höheren Lohn, als er auf dem anhaltisch-sächsischen Werke gezahlt wird.

Königreich Sachsen.

Die Lohnfrage vor dem Kriegsausschuß.

Anlaßlich der Auslandsbewegung der Bergarbeiter am 30. und 31. Juli im Zugau-Deutscher Kohlenrevier wurde eine Kommission von 5 Mann bestimmt, welche den Antrag hatte, zur Regelung der Lohnfrage mit dem Kriegsausschuß in Leipzig in Verhandlungen zu treten. Nachdem Kamerad W. Krause bereits am 3. August eine längere Unterredung in der gleichen Angelegenheit im Kriegsausschuß hatte, wird die genannte Kommission am 8. August vorstellig. Der Sitzung, welche unter dem Vorsitz des Herrn Hauptmanns Ritter stattfand, wohnten auch die Herren Hauptmann Regel und Oberleutnant Kühn sowie mehrere andere Herren Mitglieder bei. Vom Bergamt in Leipzig war Herr Bergamtsdirektor Dr. Krug und von unserem Verband Kamerad Krause anwesend. Am Tage vorher hatte in derselben Angelegenheit eine Sitzung mit den Betriebsleitern stattgefunden. Es handelte sich in der Hauptsache darum, weitere Zugeständnisse in der Lohnfrage zu erreichen, damit die in der Eingabe an den Bergbauverein aufgestellten Forderungen erfüllt werden, weil diese von den Bergarbeitern als das mindeste bezichtigt werden, was gegeben werden muß.

An knapp vierstündiger eingehender Beratung wurde die ganze Lohnfrage nochmals aufgerollt und einzeln jeder Punkt besprochen. In der Eingabe war gefordert worden, den Schichtlohn um 50 Pfg. pro Schicht zu erhöhen, die Feuerungszulage um 60 Pfg. pro Schicht auszubessern, nicht unter 70 Prozent Gewinn pro Mark des Schichtlohnes auszus zahlen, sowie die Kinderzulage von 2 auf 3 Mark pro Kind und Monat zu erhöhen, und auf gewissen Werken einen Aufschlag des Schichtlohnes herbeizuführen. Von den Betriebsleitern ist bewilligt worden die geforderte Erhöhung des Schichtlohnes, sowie das Kindergeld, welches von 2 auf 4 Mark hinaufgesetzt wurde. Die Erhöhung der Feuerungszulage ist für das Zugau-Deutscher Revier abgelehnt, für das Zwickauer Revier um 30 Pfg. erhöht worden. Die Garantieierung der geforderten 70 Prozent Gewinn ist ebenfalls abgelehnt worden.

Siehe neben sich zwei Anschauungen schroff gegenüber und erforderte diese Punkt bei den Beratungen die meiste Zeit. Die Unternehmer und auch der Vertreter des Königl. Bergamtes sind der Meinung, daß ein allzuhoher Gewinn ungünstig auf die Leistung der Gesamtarbeiterschaft einwirken könnte. Der Unternehmer könnte niemals einen bestimmten Lohn garantieren, wenn auf der anderen Seite nicht auch die Garantie einer bestimmten Leistung etwa vorhanden wäre. Es läge im menschlichen Wesen drinnen, daß, wenn ihm ein Mindestlohn garantiert würde, er sehr leicht geneigt sein könnte, seine Arbeitskraft zu schonen, und damit würde der Unternehmer geschädigt und der Allgemeinheit kein guter Dienst erwiesen. Auch müßte der Leistungsfähigen unbedingt das Recht gewahrt werden, mehr zu verdienen.

Von Seiten der Kommission wurde mit Recht erklärt, daß es den Arbeitern hohe, als wenn der Vertreter des Bergamtes zu den Unternehmern hohe Zusage habe als zu den Arbeitern. Das Arbeitslohn in der Grube sollte ohne weiteres dafür, daß auch bei einer bestimmten Gewinnzahl jeder seine Pflicht erfüllen mag und auch erfüllen wird. Im übrigen ist es nicht verboten, über 70 Prozent zu verdienen und hat der Leistungsfähige jederzeit Gelegenheit, seine Arbeitskraft voll und ganz zur Anwendung zu bringen und weit mehr zu verdienen, wenn es die gestellten Gebührenerhältnisse gestatten. Es handelt sich doch vor allem darum, die nicht mehr zeitgemäßen und vollständig unzureichenden niedrigen Löhne zu heben.

Es wurde darauf erklärt, daß die Unternehmer zugehört hätten, die Gehälter zu erhöhen, daß die Arbeiter mit größter Wahrscheinlichkeit damit rechnen können, den Gewinn von 70 Prozent zu verdienen und sollte man doch zunächst einmal abwarten, wie die Löhne sich hieran werden, bevor weitere Schritte unternommen würden. Die Werke seien auch bereit, die gestellten Gehälter nachzutragen, wenn auf keinen Lohn gearbeitet werden könnte. Stelle sich heraus, daß die Mindestleistung in den Verhältnissen liege, also nicht Schuld des Arbeiters sei, dann würde ohne weiteres das Gehänge aufgehoben werden. Die Arbeiter müßten auch Rücksicht nehmen, daß die Kohlenpreise nicht allzu hoch hinaufgeschraubt werden und die armen Leute dann die Kohlen nicht kaufen könnten.

Von der Kommission wurde erwidert, daß die Arbeiter nicht wünschten, die Preise der Hausbrandstoffe zu erhöhen, sondern die Kaligewinnindustrie, welche Tiefengewinne einbringt, könnte auch höhere Kohlenpreise zahlen. Das wichtigste sei vor allem, den Wucher zu beenden, dann würden auch die Löhne ausreichen.

Der Vertreter des Bergamtes wurde dann ermächtigt, mit den Betriebsleitern nochmals in Verbindung zu treten, um auch für das Zugau-Deutscher Revier die in Zwickau bewilligte Erhöhung der Feuerungszulage zu erreichen. Die Arbeiter erklärten wiederholt, daß ohne eine weitere Zulage auf keinen Fall Ruhe eintreten würde. Nachdem noch verschiedene Wünsche in der Lebensmittelfrage vorgebracht waren, einige man sich dahin, daß öffentliche Versammlungen eingehalten werden sollten, in welchen über die festgestellten Verhandlungen Bericht erstattet wird.

Vorläufiger Abschluß der Lohnbewegung.

In vier Versammlungen, von welchen drei außerordentlich hart besetzt waren, nämlich die Bergarbeiter im Zugau-Deutscher Revier am 12. August nochmals zu der Lohnfrage Stellung. Es handelte sich zunächst darum, von den Verhandlungen im Kriegsausschuß mit der genannten Kommission Bericht zu erstatten. Den Versammlungen wohnte auch ein Vertreter des Kriegsausschusses, Herr Reichsbrandrat Brack, bei. In einigen Versammlungen waren auch die Betriebsleitungen vollständig vertreten. Die Betriebsleiter hatten beschlossen, eine Erhöhung der bisherigen Feuerungszulage abzugeben und nur für das Zwickauer Revier eine solche von 30 Pfg. zu bewilligen. Man begründete dies damit, daß in Zwickau die Gewinnhöhe niedriger seien und deshalb ein Ausgleich herbeizuführen werden solle. Damit hätten sich die hiesigen Bergarbeiter niemals einverstanden erklären können. Es hat daher am 10. 8. eine abermalige Sitzung mit der Betriebsleitung und dem Kriegsausschuß unter Beisein der Kommission in Zwickau stattgefunden und hat man sich dahin geeinigt, auch für das hiesige Revier die Feuerungszulage zu erhöhen und zwar: für alle Arbeiter über 21 Jahre um 30 Pfg. und für diejenigen von 15 bis 21 Jahren um 20 Pfg. pro Tag. Um

eine Gleichheit herbeizuführen, soll im Zwickauer Revier der Gewinnlohn ähnlich dem hiesigen erhöht werden, so daß die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Bezirk Zugau auch eine Erhöhung für den Bezirk Zwickau gebracht hat.

Allerdings haben die Betriebsleiter erklärt, ohne eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise diese Zugeständnisse nicht machen zu können. Es soll deshalb ab 1. Oktober eine Kohlenpreiserhöhung von 1 Mark pro Tonne für Industrie Kohle eintreten.

Wenn sich in den Versammlungen die Bergarbeiter mit dem Erreichten vorläufig einverstanden erklärt haben, so nur deshalb, weil sie bestimmt erwarten, daß die Erklärungen der Betriebsleiter dem Kriegsausschuß gegenüber, die Gehälter so zu stellen, daß bei mittlerer Leistung 70 Prozent verdient werden sollen, in die Tat umgesetzt werden. Die zukünftige Ruhe im Bergbau hängt also nicht von der „Streikluft“ oder „Unverantwortlichkeit“ der Bergarbeiter ab, sondern von der Erkenntnis der Betriebsleiter, daß ein höherer Lohn gezahlt werden muß. Die Löhne vor dem 1. August 1917 bei einem Kohlenhauer mit dem höchsten Schichtlohn waren ungefähr folgende: Schichtlohn 3,50 Mark, Procente 1,10 Mark, Feuerungszulage 1,40 Mark, Kinderzulage 0,16 Mark, zusammen 7,16 Mark.

Die Differenz zwischen den gestellten und bewilligten Forderungen zeigt folgende Gegenüberstellung:

Forderungen der Organisation:	Bewilligt wurde ab 1. August:
Schichtlohn 4,00 Mk.	Schichtlohn 4,00 Mk.
Procente 2,80 "	Procente 2,40 "
Feuerungszulage 2,00 "	Feuerungszulage 1,70 "
Kinderzulage 0,28 "	Kinderzulage 0,31 "
Summa 9,08 Mk.	Summa 8,41 Mk.

Wir haben bei den Prozenten ab 1. August im Durchschnitt nur 60 Prozent gerechnet, weil erst abgemart werden muß, wie sich die Gehaltserhöhung auf den einzelnen Werken vollzieht. Bei der Umrechnung des Kindergeldes auf die Schicht sind 2 Kinder als Grundlage genommen worden, weil doch eine Anzahl Familienväter sich noch im Gemeinwohl befinden, welche in vielen Fällen die stärksten Familien besitzen. Die älteren Arbeiter, welche zu Hause sind, haben keine schulpflichtigen Kinder mehr und deshalb auch keinen Anspruch auf die Kinderzulage. Die Differenz, welche noch vorhanden ist, beträgt ungefähr 60 Pfg., die aber noch zum großen Teil besetzt werden kann, wenn die Betriebsleiter die Prozentätze erhöhen, was die Arbeiter verlangen.

Freilich sorgt man bereits wieder dafür, Erregung in die Bergarbeiter hineinzutragen. So wurde ein Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes, welcher sich bei der Lohnbewegung mit befaßt hat, zum Meeresdienst einberufen. Es wird wenig geben, die nicht der Ansicht sind, daß diese Einberufung auf Veranlassung der Betriebsverwaltung erfolgte. Wenn die Herren Direktoren so weiter verfahren, dann werden sie eines Tages Gelegenheit haben, die Früchte ihrer Geschäftigkeit zu ernten. Auch bestimmte Anschläge seitens der Behörden können gut unterbleiben, weil sie geeignet sind, alles andere, nur nicht Verhöhnung zu erzeugen. Feststellen wollen wir noch, daß auch die Wirtschaftskreislauf sich mit den Forderungen der Organisation einverstanden erklärt haben.

Achtung Verbandsmitglieder!

Gelesene Nummern der „Bergarb.-Ztg.“ werfe man nicht fort, sondern verwende sie zur Agitation. Mit jeder Zeitung kann ein neuer Mitkämpfer gewonnen werden!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Betrag für die 34. Woche (vom 19. bis 25. August 1917) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Verbandsmitglieder! Werbt stets neue Mitglieder! Führt die jetzt zahlreich auf den Werken beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen unserem Verbands zu!

Die vielen Beschwerden und Klagen, daß die Zeitungspakete erst Ende der Woche — ja vielfach erst die folgende Woche, oft sogar nach mehreren Wochen erst und manchmal garnicht — eintrüfen, liegen in den postalischen Verhältnissen begründet. Wir geben die Zeitungspakete regelmäßig jeden Montagabend auf die Post.

Wo die Zeitungspakete nicht bis Ende der Woche eingegangen sind, wolle man uns dies sofort und nicht erst nach Wochen melden. Am allerwenigsten darf es vorkommen, daß man wartet, bis 3 Pakete hintereinander verloren gegangen sind und uns dann erst Mitteilung macht.

Da wir die „Gew. Frauen-Zeitung“, die „Korrespondenzblätter“ und „Dziwata“ von Berlin und Kattowitz beziehen, ist es auch uns infolge der postalischen Verhältnisse nicht möglich, diese Zeitungen den Paketen pünktlich beizulegen; dabei wolle man beachten, daß die „Gew. Frauen-Zeitung“ alle zwei Wochen, die „Dziwata“ nur einmal im Monat erscheint. Die Expedition.

Totalbeitrag.

Mühlhagen. Vom 1. September d. Js. ab wird ein Totalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied erhoben.

Bücherrevisionen.

Um den Revisoren unnötige Wege zu sparen, wird ersucht, die Mitgliedsbücher bereit zu halten.

Diesfeld. Vom 1. bis 15. September.
Kurthausen. Vom 26. bis 31. August.
Oberhausen I. Vom 20. bis 31. August.

Bibliotheken.

Derne. Die Bibliothek ist wieder geöffnet und zwar im Lokale Längenbad jeden 3. Sonntag im Monat von 10—12 Uhr.

Ein kleiner Posten Jubiläumskarten

ist noch vorrätig und kann abgegeben werden. Wer davon haben will, muss sofort bestellen. H. Hansmann & Co.

Ich nehme die Behauptung gegen den Bergmann Festz Stein, er habe mich Bögen gestohlen, als unwarh zurück. Sanderwisch, den 1. August 1917. W. Tafsch.

Wir empfehlen:

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neue Zeit

Von Otto Sue.

Erster Band 456 Seiten Zweiter Band 760 Seiten
Vorzugspreis f. d. Mitglieder d. Verb. d. Bergarb. Deutschlands:
Beide Bände in schönem Leinwandband auf 8 Mark

H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelsh. Straße 42